

# DIE FRAGE DER WOCHE Soll die Kirchensteuer abgeschafft werden?



Von  
Jochen Teuffel, evangelischer Pfarrer in Vöhringen/Iller und Buchautor

## JA

Die Kirche hat ein Problem mit der Kirchensteuer. Nach der jüngsten Umfrage vom Dezember 2016 (INSA consulere) lehnen diese mehr als 60 Prozent ihrer Mitglieder ab, mit gutem Grund: Kirchensteuern sind eine Zwangsabgabe, welcher der Herr der Kirche, Jesus Christus, widerspricht: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ Steuern hat man an den Staat zu zahlen; Gott aber gibt man sich freiwillig mit Leib und Seele hin. So hat im 19. Jahrhundert zunächst der Staat Kirchensteuern erhoben, um Pfarrer zu besolden und Kirchengebäude zu unterhalten. 1919 ist dann den selbstständig gewordenen Landeskirchen und den Diözesen in der Weimarer Reichsverfassung die Erhebung eigener Steuern zugestanden worden.

Werden Steuern im Namen und auf Rechnung der Kirche erhoben, kommt das Evangelium nicht zum Zug. Kein Wunder, dass über 99 Pro-

zent aller Kirchen und Diözesen weltweit keine Steuern erheben. Kirche lebt nicht von Steuern, sondern aus der Hingabe Jesu Christi. Wo Menschen im Gottesdienst diese Hingabe empfangen, werden sie selbst zum freiwilligen Opfer befähigt. In Deutschland hingegen bringt die Kirchensteuer in beziehungsloser Weise den Kirchen viel Geld und vergrößert zugleich deren finanzielle Abhängigkeiten: Was alles finanziert und unterhalten sein will, und wer alles bedient werden muss. Als ökonomisch ausgerichtete „Betreuungskirche“ entfremdet man sich dem Evangelium immer mehr.

Der Ausstieg aus der Kirchensteuer lässt sich kaum über Nacht vollziehen. Schließlich steht Kirche in der Pflicht als Arbeitgeber. Aber man kann den Hebesatz der Kirchensteuer über einen Zeitraum von 40 Jahren stufenweise auf Null zurückführen. Das gäbe genügend Zeit für eine umfassende Kirchenreform. Am Ende sind es dann die Gemeinden, die sich – wie weltweit ja üblich – aus den Gaben der Gläubigen selbst finanzieren und durch Umlage übergemeindliche Dienste tragen. Kirche ohne Steuern gewinnt an Glaubwürdigkeit.



Von  
Joachim Unterländer,  
CSU-Abgeordneter  
und Vorsitzender des  
Landeskomitees der  
Katholiken in Bayern

## NEIN

Das Grundgesetz (mit dem Verweis auf die Weimarer Reichsverfassung) ist nicht nur eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, sondern auch Ausdruck unserer kulturellen und historischen Werte. Die Kirchensteuer wird tatsächlich nur von denjenigen gezahlt, die sich auch zu ihrer Konfession bzw. öffentlich-rechtlich anerkannten Glaubensgemeinschaft bekennen. Und selbst von diesem Personenkreis zahlt analog der allgemeinen Steuerpflicht nur knapp ein Drittel der Menschen in Deutschland Kirchensteuer. Das Gerechtigkeitsprinzip wird erfüllt. Die Kirchensteuer ist notwendig, da wegen der ebenfalls aus einem unverzichtbaren verfassungsrechtlichen Grundsatz zu beachtenden Glaubensfreiheit den Kirchen die Gestaltung kirchlichen Lebens zu ermöglichen ist. Nicht

von ungefähr hat ein prägender Verfassungsrechtler festgestellt, dass ein funktionierendes Gemeinwesen von Werten lebt, die es nicht selbst schaffen kann.

Darüber hinaus ist auch festzustellen, dass die Kirchen und Glaubensgemeinschaften entsprechend der Verwirklichung ihrer Prinzipien eine Vielzahl von sozialen, bildungspolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen. Für diese Leistungen werden eben auch Eigenmittel verwendet, die neben öffentlichen Zuwendungen auch das Kirchensteueraufkommen umfassen. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die die öffentliche Hand nach dem Subsidiaritätsprinzip den Ebenen überlässt, die sie am besten erfüllen können.

Nach dem bewährten Prinzip der Kirchensteuererhebung handeln, ebenfalls aus Geschichte und positiver Erfahrung resultierend, zumindest in ähnlicher Form unsere benachbarten mitteleuropäischen Staaten. Die Beispiele aus anderen Ländern (zum Beispiel USA), in denen die Religionsgemeinschaften ausschließlich von freiwilligen Spenden existieren, zeigen, dass dies kein verlässlicher Weg für Kirchen und vor allen Dingen auch zur Erfüllung der benötigten öffentlichen Zielsetzungen für uns alle wäre.



Stimmen Sie ab unter  
[www.bsz.de/#vote](http://www.bsz.de/#vote)